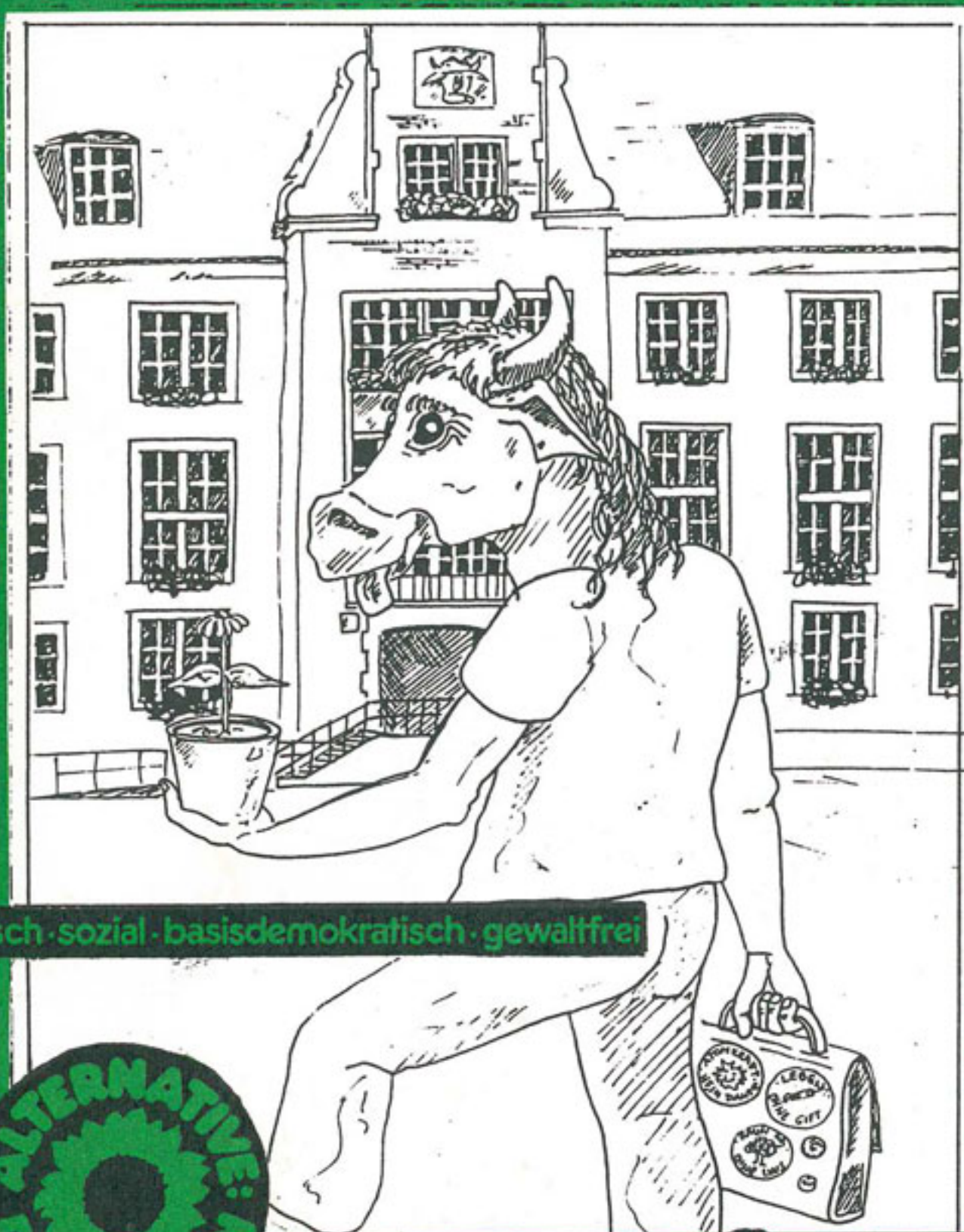




KOMMUNAL PROGRAMM

1984

LASST Coesfeld erGRÜNEN!



ökologisch · sozial · basisdemokratisch · gewaltfrei



DIE GRÜNEN
IN Coesfeld

Inhalt

Einführung	2	Der Vorstand des Ortsverband Die	
- AZ Gegenüberstellung	4	Grünen Coesfeld hat zur Zeit fol-	
Frauen	5	genden Vorstand :	
- Frauenberatungsstelle	5		
- Frauenselbsthilfe	7	Bettina Bräutigam	Sprecherin
Jugend	8	Karin Chmiel	Sprecherin
- Stadtjugendpfleger	8	Peter Jansen	Schriftführer
- Etat / Jugendzentrum	9	Werner Melcher	Kassierer
- Kindergärten	10		
- Drogen	12	Wöchentliche Treffs :	
Kultur	13	Dienstags 20 Uhr Rateschänke am Markt	
- Theater	14		
- Museum	15	Kontaktadresse :	
Frieden vor Ort	16	Bettina Bräutigam	
- Atomwaffenfreie Zone	17	Burgring 13	
- Tiefflieger	18	4420 Coesfeld	
Baumsatzung	19		
Umweltschutz	21	V.i.S.d.P. :	
- Wasser	21	Der Vorstand	
- Abfallwirtschaft	23		
- Brennelemente -			
zwischenlager	24		
Verkehr	24		
- Radwege	26		
- Straßenbau	27		
Verkehrsberuhigung	29		
Bauen und Wohnen	31		
- gepl. Polizeigebäude	32		
- privater Wohnungsbau	33		
- Bauordnung	34		
Wirtschaft	35		
- Verschuldung	36		
- Straßenbau	37		
- Stadtsanierung	38		
- Berkelbegradigung	39		
- Haushalt	40		
- Förderung	41		
- Arbeitslosigkeit	42		



Liebe Coesfelderinnen,
lieber Coesfelder,

mit dem Coesfelder Kommunalprogramm wollen wir, der Ortsverband Die Grünen Coesfeld, versuchen, Ihnen ein möglichst umfassendes Bild unserer Arbeit, Forderungen und Ziele zu geben. Weiterhin wollen wir Sie auf Misstände, die Ihnen wahrscheinlich schon selbst ein Dorn im Auge sind, aufmerksam machen, und mögliche Alternativen aufzeigen.

Auch wollen wir versuchen, das zu oft durch Medien geschädigte Bild der Grünen, gerade hier in Coesfeld bedingt durch die penetrante Ignoranz, mit der die örtliche Presse uns übergeht, richtigzustellen. Ein Beispiel hierfür finden Sie im Anschluss. Um dieses Informationsdefizit auszugleichen, vor allem aber um selber Vorstellungen und Kritik, für die wir mehr als nur ein offenes Ohr haben, einzubringen, auch wegen der Basisdemokratie, sollten Sie doch einmal bei unseren Zusammenreffen hereinschauen.



DIENTAGS 20 Uhr RATSSCHÄNKE AM MARKT



Die Grünen kandidieren für den Stadtrat !

Wie wird nun diese Arbeit aussehen ?

Oberstes Prinzip der Arbeit im Stadtrat und den Ausschüssen ist für uns die Basisorientiertheit. Die nahezu vollständige Entfremdung der Delegierten im Stadtrat von der Entscheidungsmacht des Bürgers muss endlich wieder auf ein basisdemokratisch vertretbares Mass zurückgeschraubt werden. Der für den Bürger kaum noch zu durchschauende Schleier kommunalpolitischer Bürokratie und Ausschusswirtschaft gehört gelüftet. Ebenso wichtig, ja notwendig, ist es, im Filz der Einigkeit von CDU, SPD und f.d.P. im Stadtrat endlich eine ehrliche Opposition entstehen zu lassen, die wirklich Bürgermeinungen vertritt. Aus diesen Gründen ergeben sich für unsere Abgeordneten folgende Arbeitsweisen:



Fragen und Probleme, die in Rat oder Ausschüssen zur Diskussion stehen, werden aus der Enge dieser Gremien herausgenommen und in unsere wöchentlichen offenen Versammlungen getragen, um sie dort in der Diskussion mit dem Bürger zu einer Entscheidung bzw. einem Meinungsbild zu bringen, das für die Abgeordneten der Grünen bindend ist.



Nur so scheint uns eine ehrliche, bürgernahe Politik möglich, die allein es dem Bürger ermöglicht, seine Vorstellungen in die entsprechenden Gremien einzubringen und aktiv an den Entscheidungen im Stadtrat und damit am Werdegang seiner Stadt teilzunehmen.

Neben dieser grundlegenden Arbeitsweise haben sich in unseren Versammlungen folgende Themen als die dringlichsten herauskristallisiert und sind somit zu unseren Hauptthemen und Forderungen dieses Wahlkampfes geworden.

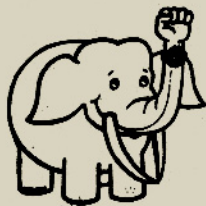


Im sozialen Bereich, insbesondere in der Frauen- wie Jugendpolitik zeigen sich seit jeher die einschlägigsten Misstände. Somit werden hier unsere Anstrengungen zur Einrichtung, Förderung wie Unterstützung von Schwangerschaftskonflikt- wie allgemeinen Frauenberatungsstellen und eines Jugendzentrums, die in Selbstorganisation zu führen sind, am grössten. Ebenso muss die Stadt auf ihre Verantwortung im Bezug auf die Jugend- wie die allgemeine Arbeitslosigkeit hingewiesen werden. Neben der vollkommen fehlenden sozialen Betreuung der Arbeitslosen entzieht sich die Stadt geradezu, bis auf einige Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, die jedoch hauptsächlich den Bestrebungen des Arbeitsamtes als denen der Stadt zuzurechnen ist, ihrer Verpflichtung alles nur Mögliche zu tun, um auch nur die Härten dieses Problems zu lindern.

Dringlichstes Ziel in der Verkehrspolitik ist ohne Zweifel der Stopp der unverschämten, nicht nur im Vergleich zu den krassen Mangelleistungen im sozialen Bereich, Verschwendungssucht im Strassenbau, die sich in so wahnsinnigen Projekten wie Innere Umgehung, geplante Umgehungen in den Bereichen Letter Berg und Billerbecker Strasse zeigen. Das neue Parkhaus und die Tiefgarage stehen als weitere



Zeichen eben dieser Krankheit auch im Hoch- und Tiefbau. Das jeder moralischen Verantwortung entbehrende Missverhältnis der Ausgaben im sozialen Bereich zu den Aufwendungen für Bauvorhaben jeglicher Art muss auf ein den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechendes Mass gebracht werden. Hierfür werden sich die Grünen stark machen.



**Bettina
Bräutigam**

1. Sprecherin des OV Coesfeld

KOMMENTAR

Verdeckte Karten

Nun ist es amtlich: Coesfelds Grüne wollen im Rat für frischen Wind sorgen. Ihre Mannschaft für die Kommunalwahl am 30. September steht.

Sicherlich keine Sensation, und doch war die AZ-Redaktion einigermaßen überrascht, als Vorsitzender Henning Waterkamp gestern mittag das Ergebnis der Kandidatenaufstellung schwarz auf weiß auf den Tisch flattern ließ. Denn niemand wußte dort, daß der Ortsverband der Grünen zur Kandidatentür eingeladen hatte.

Ein Versehen — sicherlich hat die Geschäftsführung nur die Einladung vergessen. Nein, so war es nicht. Henning Waterkamp, auf Platz eins der Reserveliste, und damit aussichtsreichster Bewerber um einen Sitz im Rat, ließ die AZ-Redaktion wissen, daß durchaus mit Absicht eine Einladung unterblieben war. Mit einem gehetzten Redakteur im Nacken hätten die Grünen kaum mit Zeit und Ruhe ihre Bewerber auswählen können, begründete er.

Schon ein merkwürdiges Demokratieverständnis, das hier Coesfelds Grüne an den Tag gelegt haben, und ein nicht minder merkwürdiges Verständnis von der Zusammenarbeit mit der Presse, die mit anderen Parteien und politischen Gruppierungen anders ausieht. Für sie ist es eine selbstver-

ständliche demokratische Pflicht, die Öffentlichkeit (sprich: Presse) zu politischen Zusammenkünften und insbesondere zu Kandidatenaufstellungen einzuladen. Ebenso selbstverständlich ist, daß die AZ-Redaktion diesen Einladungen trotz übervollen Terminkalenders nachkam und auch in Zukunft nachkommen wird. So stellt auch die UWG, ebenso wie die Grünen in Coesfeld Neuling auf dem politischen Parkett, ihre Kandidaten in, aller Öffentlichkeit auf.

Nun, die Grünen verzichteten darauf, die Presse einzuladen und zogen es vor, den Bericht über ihre Kandidatenaufstellung selbst zu schreiben. Ein Service, auf den die Redaktion gern verzichtet hätte, denn gerade Berichte über Kandidatenaufstellungen sollten auf einer neutralen Schreibmaschine geschrieben werden.

Die Initiative der Grünen war ein Eigentor. Wer sich darum bewirbt, die Öffentlichkeit zu vertreten, muß sich von der Öffentlichkeit auch in ihre Karten schauen lassen. Da bewiesen die Grünen-Kollegen in Gescher besseres Demokratieverständnis. Sie luden seinerzeit die AZ zur Berichterstattung ein, die ihrer Informationspflicht in entsprechender Weise auch nachkam.

AZ - 23.6.84

BERTHOLD STEIN

Folgende Kichtigstellung wurde daraufhin von uns am 27.6.84 bei der AZ Redaktion eingereicht, jedoch nie abgedruckt!

Frischer Wind

Im Gegensatz zu B. Steins Behauptungen sorgen die Grünen nicht nur durch andere Zielsetzungen, sondern auch durch ein erweitertes Demokratieverständnis für frischen Wind. So müssen wir annehmen, daß der AZ-Redaktion die Satzung der Grünen nicht bekannt ist. Nach dieser Satzung können selbst Nicht-Mitglieder an jeder Versammlung der Grünen teilnehmen und bei Sachfragen mit abstimmen. Jede Entscheidung wird von der Basis vorbereitet und bei den öffentlichen Treffen dienstags in der Ratsschänke beschlossen. Dadurch unterscheiden sich die Grünen unserer Meinung nach von den etablierten Parteien, denn dort hat die kleine Gruppe des jeweiligen Vorstandes letztendlich mehr Entscheidungsmacht als die Basis.

Jeden verpflichten sich zukünftige "Grüne" Stadträte gegenseitig der Basis zur Rotation nach Ablauf der halben Legislaturperiode. Hierbei ist natürlich eine Bestätigung der Ratsmitglieder durch die Mitgliederversammlung möglich. Personen-kult, und ein Festhalten an erreichten Ämtern wird so verhindert. Diese Selbstverpflichtung ist nach Meinung der Grünen ein Mehr an Demokratie und nicht ein "merkwürdiges Demokratieverständnis" wie B. Stein es kommentierte.

Entgegen den Darstellungen von B. Stein waren selbstverständlich alle Mitglieder des Ortsverbandes die Grünen Coesfeld schriftlich eingeladen; auch interessierte Bürger wurden von der Tagesordnung dieser ohnehin öffentlichen Sitzung informiert. Die Grünen haben seit ihrem Bestehen in Coesfeld immer versucht den (nun plötzlich erwünschten) Kontakt zur Presse herzustellen. So haben wir in der Vergangenheit Einladungen an die Presse gegeben denen nur spärlich nachgekommen wurde. Beim Treffen der Grünen mit Bürgern aus De Bilt war die Presse eingeladen, erschienen war ein Fotoreporter, der die Bilder anschließend angeblich verloren hat. In die Zeitung kam somit weder Bild noch das aus dem Treffen resultierende Statement. Inhaltliche Beiträge der Grünen wurden von der AZ lediglich in der Rubrik "Leserbriefe" abgedruckt, wobei auch hier einige unserer Statements verlorengegangen sein müssen. Begründung der Redaktion gegenüber Mitgliedern der Grünen war: "Es besteht kein journalistisches Interesse an einer Partei, die noch nicht in Stadtrat ist."

Tatsache ist, inhaltliche politische Beiträge mußten die Grünen der AZ immer hinterhertragen. Merkwürdig erscheint uns, daß die AZ dann lediglich bei der Kandidatenaufstellung Interesse an den Grünen zeigt. Die Grünen geben der inhaltlichen Arbeit den Vorrang vor einer Personenschau. Wir sind auch in Zukunft bereit mit der Presse zusammenzuarbeiten und Kritik schadet sicher nicht. Vorangesetzt wird jedoch, daß eines Kommentars Recherchen über Aufbau und Arbeit unserer Partei die Grünen vorausgeht.

Henning Waterkamp Bettina Bräutigam

Frauen

"Gutachten: Maschinen brauchen keine Ausbildung, Maschinen werden geheiratet - das war immer so!"



Warum gibt es den Extraprogrammpunkt " Frauen " ?

Die Grünen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Anliegen von Basis- und Bürger-Initiativbewegungen in die Parlamente zu tragen. Eine der grössten Basisbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland ist seit den siebziger Jahren die Frauenbewegung.

Auch heute noch haben Frauen in vielem nicht die gleichen Rechte und Lebenschancen wie Männer und haben aufgrund der ihnen anerzogenen " passiven Weiblichkeit " spezifische psychische Probleme zu bewältigen.



Die rechtliche Gleichstellung der Frau in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die Aufhebung jeder Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen ist ein wesentlicher Schritt der Frauenpolitik im Sinne der Frauenbewegung und der Grünen. Eine Anpassung der Frauen an die überwiegend von Männern vorgegebenen Spielregeln in unserer Industriegesellschaft ist jedoch nicht gemeint. Z. B. wollen wir nicht, dass im Zuge der Gleichberechtigung auch Frauen den Militärdienst ableisten sollen, sondern wir wollen ein grundlegendes Umdenken, eine humane, soziale und gewaltfreie Politik, in der die Anliegen von Frauen ernstgenommen werden.



Diese Zielsetzungen lassen sich ansatzweise auch im kommunalen Bereich verwirklichen. Die Grünen des OV-Coesfeld werden im Stadtrat eine Frauenberatungsstelle fordern. Diese Beratungsstelle, die von Frauen für Frauen eingerichtet werden soll, muss sich in überkonfessioneller Trägerschaft befinden, um unabhängig arbeiten zu können. Die Stadt Coesfeld ist gefordert, diese Beratungsstelle finanziell zu unterstützen, da in diesem Bereich vielfältige Aufgaben wahrzunehmen sind.

1. Unter anderem sollen sich Frauen hier juristisch im Bezug auf ihre spezifischen Probleme beraten lassen können, evtl. durch eine (einen) Juristin (en), die / der zwei- bis dreimal in



der Woche zur Verfügung steht. Denn bei vielen rechtlichen Problemen, wie Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz mit den Arbeitgebern, bei familiären Schwierigkeiten haben die Frauen keine Möglichkeit, sich speziell beraten zu lassen. Oft scheuen sie auch vor der finanziellen Belastung durch Einschaltung eines Juristen zurück.

Bei der derzeitigen Arbeitslosigkeit sind Frauen besonders stark betroffen und werden auch bei gleichwertiger Ausbildung und Fähigkeit auf minderwertige Arbeitsplätze verwiesen. Frauen sollen dabei unterstützt werden, notfalls auch über den gerichtlichen Weg, zu ihrem Recht zu kommen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu erhalten.

Häufig sind Frauen im Falle einer Scheidung starken finanziellen Belastungen ausgesetzt. Aufgrund der jeweiligen familiären Situation sind sie meist diejenigen, die entweder einen völlig neuen beruflichen Start schaffen müssen oder auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Sie sind oft doppelt belastet durch die zusätzliche Verantwortung für die Kinder. Mit Hilfe der juristischen Beratung kann dazu beigetragen werden, mit den Arbeitgebern zu verhandeln und Möglichkeiten zu schaffen, dass Frauen weiter arbeiten können. Angestrebt wird die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen mit gleichbleibendem Lohnniveau und ausreichender Sozialversicherung. Alleinstehende Frauen sollten am Arbeitsplatz keinerlei Benachteiligung erfahren und bei bestehenden Problemen beraten werden.

2. Eine solche Frauenberatungsstelle sollte auch ein Forum in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen bieten für arbeitsrechtliche Fragen, die Frauen betreffen. In der Praxis könnte sich das derart gestalten, dass Vertreter der Gewerkschaften und anderer Interessensgemeinschaften sich für die Beratungsstelle zeitweise zur Verfügung stellen. Die Aufgabe ist hier z. B., verheirateten Frauen, die ihren Beruf ausüben wollen, dabei zu helfen, gegen das Vorurteil anzugehen, dass verheiratete Frauen ja ohnehin versorgt sind. Ihnen soll Mut zur Berufstätigkeit gemacht werden.

3. Die Grünen fordern, dass das Recht auf freie Lebensentfaltung über der Pflicht steht, ihren Körper zur Austragung einer ungewollten und abgelehnten Schwangerschaft zur Verfügung zu stellen.



Der jetzige § 218 sieht vor, dass nur ein Arzt die soziale Notlage (soziale oder Notlagenindikation) der Frau anerkennen kann. Das Entscheidungsmonopol liegt also nicht bei den betroffenen Frauen, sondern beim Arzt. Die Frauenberatungsstelle kann hilfesuchenden Frauen auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Weg durch die Institutionen helfen und unterstützen. Weitestgehend kann die Frauenberatungsstelle ein Forum bieten, in dem Frauen über ihre Forderungen diskutieren und diese in die Öffentlichkeit bringen können.



4. Weiter fordern wir für die Frauenberatungsstelle Räumlichkeiten, die es zulassen, misshandelte Frauen und ihre Kinder zeitweilig aufzunehmen, um sie vor weiteren gewalttätigen Übergriffen zu schützen.



5. Eine Aufgabe der Frauenberatungsstelle ist auch die Vermittlung zwischen Sozial-, Arbeits- und Jugendamt. Damit diese Tätigkeit gewährleistet ist, muss eine Fachkraft eingestellt werden, die von der Stadt finanziell getragen wird.



6. Es sollen Räume für Frauenselbsthilfegruppen gestellt werden und ihnen Unterstützung von Seiten der Beratungsstellen und der Stadt zugestanden werden. Die Unterstützung dieser Gruppen ist wichtiger als die von Sportgruppen.



Jugend 8



KONZEPT ERARBEITEN

Die Jugendpolitik ist ein Bereich, in dem nicht nur die herrschende CDU die Leere und Inhaltslosigkeit ihres politischen Handelns deutlich macht. Auch die anderen Parteien lassen politische Konzepte und Ideen vermissen. In den Ratssitzungen kommt man über das Kriterium der "Notwendigkeit" kaum noch hinaus, so als ob Entscheidungen nur vom "gesunden Menschenverstand" abhängen und es politische Willensbildung überhaupt nicht gäbe. Es ist doch gerade in der Jugendpolitik wichtig, die Ziele des politischen Tuns offenzulegen und sie zur Diskussion zu stellen.

Mit unserer Kandidatur verbinden wir daher auch die Absicht, die Diskussion in Rat und Ausschüssen zu beleben und die Entscheidungen auf ihre Zielgebundenheit zu hinterfragen. Nur so können wir in Coesfeld dazu kommen, ein umfassendes Konzept der Jugendpolitik zu bekommen, das Einzelentscheidungen in einen Rahmen stellt und sie nicht dem Zufall oder den Gegebenheiten überlässt.



STADTJUGENDPFLEGER

DIE GRÜNEN messen der Jugend- und Kulturpolitik einen grösseren Stellenwert bei als etwa der Strafverfolgung oder dem Bau von zusätzlichen Umgehungsstrassen.

Entsprechend muss dieser Bereich der Politik personell ausgestattet sein. Die Einrichtung einer festen Stelle für den Stadtjugendpfleger könnte da ein Anfang sein.



AUSREICHENDE ETATMITTEL

Wer an der Jugendpolitik spart, muss das Geld an anderer Stelle um ein Vielfaches gesteigert zurückzahlen. Als Beispiel sei die Bekämpfung des Drogenhandels und der Beschaffungskriminalität genannt.

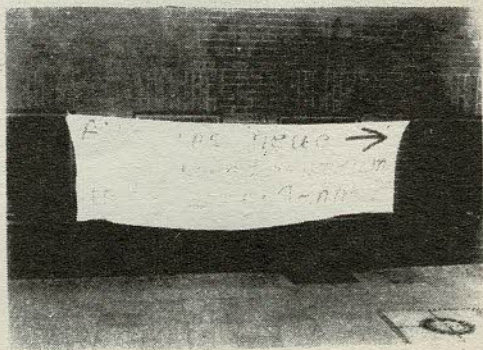
DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass dem Stadtjugendpfleger ein Etat zur Verfügung gestellt wird, der es ihm wirklich ermöglicht, Jugendliche in Veranstaltungen anzusprechen und sie in Arbeitsgemeinschaften zu aktivem Tun anzuregen. Sobald für das Jugendzentrum ein Gebäude bereit steht, fließt dieser Etat dem Jugendzentrum zu.

JUGENDZENTRUM

Die Bemühungen um ein Jugendzentrum sind fest mit der Entwicklung der GRÜNEN verbunden. Wo selbst so kleine Orte wie Gescher ein HOT auf die Beine stellen, kann man es nur als einen Skandal an, dass Coesfeld seit Jahren alle Bemühungen um ein Jugendzentrum abblockt.



Blick in den Innenhof



Wenn sich DIE GRÜNEN für den Umweltschutz einsetzen, dient das nicht zuletzt dem Zweck, unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft oder überhaupt das Überleben zu sichern. Das gleiche gilt, wenn wir uns für Spiel- und Wohnstrassen engagieren oder für einen Ausbau des Radwegenetzes und des öffentlichen Nahverkehrs einsetzen.

Dabei gilt unser Einsatz einer Verschiebung der Wertvorstellungen: Wir wollen, dass der Kinderspielplatz wichtiger wird als der Parkplatz oder der gepflegte Vorgarten. Wir wollen, dass Kinder ernst genommen werden, bei der Stadtplanung genauso wie in der Familie.

In unser Konzept des kulturellen Lebens sind Kinder mit einbezogen. Theater- und Musikaufführungen für Kinder, von Kindern und mit Kindern sind uns ebenso wichtig wie solche für Erwachsene. Als Erwachsene sollten wir von den Kindern lernen, und ihre Begeisterungsfähigkeit abgucken.



In Krabbelgruppen sollen Kinder die Möglichkeit bekommen, erste soziale Kontakte aufzubauen, im Kindergarten sollen Kinder ihre Sinne und ihre Beziehungen entwickeln können, und das ist mehr als immer nur "brav" sein.

Für Coesfeld wünschen sich DIE GRÜNEN integrative Einrichtungen, weil für uns die Aussortierung Behinderter übelster Ausdruck des Denkens in Vorurteilen ist. Wir streben auch an, dass die Bemühungen um Integration sich auch im Schulleben fortsetzen werden, wobei sich Coesfeld an funktionierenden Modellen wie in Bonn, Mainz oder Berlin orientieren könnte.

Auch den positiven Ansatz von Eltern für den Montessori-Kindergarten unterstützen wir, weil uns das Engagement der Eltern für ihre Kinder wichtig ist und weil die Pädagogik "vom Kinde aus" einigen Zielen der GRÜNEN entspricht. Noch lieber wäre uns, wenn der Montessori-Kindergarten dem Borkener Modell eines integrativen Montessori-Kindergartens folgen würde, in dem behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam spielen.



DIE GRÜNEN fordern als Sofortmassnahme ein Jugendzentrum in zentraler Lage, mit ausreichenden finanziellen Mitteln und einem Konzept der Selbstverwaltung.

Als Gebäude stellen wir uns ein zentral gelegenes Haus vor, das sowohl über einen grossen Raum für Konzerte und Theaterveranstaltungen als auch über kleinere Räume für Arbeitsgemeinschaften verfügt. Ausreichend sind u. E. die finanziellen Mittel dann, wenn sie die Kosten für 2 hauptamtliche Mitarbeiter und einen Zivildienstleistenden, die Einrichtung und Instandhaltung des Gebäudes, regelmässige Konzerte und sonstige Aufführungen und für die Honorare und Materialkosten der Arbeitsgemeinschaften abdecken.

Flott zum HOT



Die Verwaltung und Einrichtung des Jugendzentrums soll einem zu gründenden gemeinnützigen Verein übertragen werden, dessen oberstes Entscheidungsorgan die Vollversammlung ist. Auch Kinder haben in Sachen Jugendzentrum Stimmrecht. Die Vollversammlung des Vereins soll über alle Personalangelegenheiten, also auch darüber entscheiden, welche und wieviele Pädagogen einstellt werden.

Wenn DIE GRÜNEN ins Stadtparlament kommen, werden sie sich auf keinen Fall mit einem kleinen Haus der Offenen Tür abspesen lassen, das letzten Endes nicht mehr als Tischtennis, Kicker und die ermahnenden Worte eines Sozialarbeiters zu bieten hat.

Was soll das heissen.
Du willst keine Disco
sondern ein HOT !?



Wir wollen ein autonomes, also selbstverwaltetes, Jugendzentrum, in dem Jugendliche ihre kulturellen und gesellschaftlichen Ideen entwickeln können.

Und wir wollen, dass diese Ideen als frische Impulse das oft verkrustete Zusammenleben in Coesfeld ständig erneuern.

Deshalb ist ein Jugendzentrum wichtiger als ein neues Polizeigebäude oder ein neues Gefängnis.



JUGENDSCHUTZ UND DROGENPROBLEMATIK

DIE GRÜNEN sind gegen den Missbrauch von Drogen und gegen all die Bedingungen, die Menschen dazu bringen, vor Problemen in den Rausch zu fliehen.

Die Politiker können dazu beitragen, diese Tendenz zur Flucht abzubauen, indem sie Bedingungen schaffen, die es lohnend machen, das Leben bei Bewusstsein zu erfahren. Dazu gehören auch die Freizeitangebote einer Stadt und eines Kreises.

Um Drogenabhängigen möglichst frühzeitig helfen zu können, befürworten DIE GRÜNEN eine Drogenberatungsstelle.

Kultur

KULTURELLES LEBEN

Im Jugend-, Sport- und Kulturausschuss wollen die GRÜNEN das kulturelle Leben der Stadt bereichern. Wir streben dabei an, dass Coesfelder Bürger an diesem Leben nicht nur als Konsumierende teilhaben, sondern sich selbst aktiv und kreativ einbringen können. Dabei soll der Kreis derjenigen, die sich am kulturellen Leben beteiligen, erweitert werden und spezielle Zielgruppen wie ausländische Mitbürger, Arbeitslose oder die Gruppe der Arbeitnehmer besonders angesprochen werden. Für dieses Ziel darf sich die Arbeit des Kulturausschusses nicht auf die Kontrolle der Verwaltung beschränken. Erst recht dürfen konstruktive Ideen der Bürger nicht mehr abgeblockt werden. Von einem gut funktionierenden Kulturausschuss kann ein umfassendes Konzept zur kulturellen Belebung der Stadt erwartet werden, das dazu beiträgt, das Leben und Wohnen in Coesfeld angenehm werden zu lassen. Dieses kulturelle Leben macht die Stadt eher attraktiv als alle Umgehungsstrassen, Tiefgaragen und Einkaufszentren zusammen. Vom Kulturausschuss müssen also Impulse ausgehen.



KULTURZENTRUM FUSSGÄNGERZONE

Wenn wir nun schon eine Fussgängerzone haben, sollten wir darauf achten, dass ihr Charakter nicht tagsüber durch die Hektik des Einkaufens bestimmt ist und nach Geschäftsschluss entsprechend ausgestorben und verlassen ist. Deshalb setzen wir uns für Strassencafes und Kneipen in der Fussgängerzone ein. Aber auch ohne Verzehrzwang sollte man in der Fussgängerzone sitzen können, sich unterhalten, Doppelkopf spielen usw. Dafür sind entsprechende Sitzmöglichkeiten vorzusehen. Dem Vorbild anderer Städte folgend befürworten wir ein Kulturprogramm in der Fussgängerzone während der warmen Jahreszeit: Im Rahmen des "Coesfelder Sommers" sollten regelmässige Aufführungen in der Innenstadt stattfinden. Strassentheater, Pantomime, Blasorchester, Kabarett ... es gibt so viele Gruppen, die für wenig Geld viel bieten und die Fussgängerzone zum Treffpunkt werden lassen.

THEATER

Wir begrüßen das Engagement Coesfelder Bürger in der Freilichtbühne und werden sie unterstützen, soweit es uns möglich ist. Wünschenswert ist zusätzlich die Einrichtung eines Zimmertheaters in Coesfeld, das aus Mitteln des Kreises und der Stadt finanziert werden kann.

KOMMUNALES KINO

Das Kommunale Kino hat sich als Einrichtung bewährt. Nun ist daran zu denken, ob das Programm nicht auf wöchentliche Vorführungen erweitert werden kann.

Für die Auswahl der Filme halten wir die Selbstverwaltung für erstrebenswert. Die Zuschauer sollen nicht nur Filme konsumieren, sondern schon an der Planung beteiligt sein können.

FESTE, VEREINE, NACHBARSCHAFTEN

Gemeinsames Feiern ist wichtig, um sich in einer Stadt wohlfühlen. Daher unterstützen wir den Zusammenschluss der Bürger in Nachbarschaften und Vereinen. Sie stärken den Zusammenhalt und wirken der Isolation entgegen. Durch unser Konzept der Wohnstrassen und verkehrsberuhigten Zonen wollen wir die Nachbarschaften unterstützen. Die Pfingstwoche würden wir gerne in ein Stadtfest umwandeln und steuern gerne Veranstaltungsideen bei.

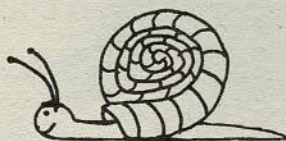
KOSTEN

Bei der Verteilung finanzieller Mittel setzt der Rat Schwerpunkte. Diese Schwerpunkte lagen bisher auf dem Bau von Umgehungsstrassen, der Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten und Parkplätzen. So, als ob unser Leben nur aus Arbeit und Konsum bestünde. Alles, was an alter und schöner Bausubstanz vorhanden war, wurde abgerissen und durch mehr oder weniger sterile Bauten ersetzt. Sei es auf Einfallslosigkeit, bösen Willen oder pure Bequemlichkeit zurückzuführen, es wird Zeit, die vorhandenen Gelder für ein LEBENDIGES COESFELD zu verwenden, mit den Geldern das Gespräch, das Feiern, das Spielen anzuregen und zu unterstützen, bevor wir alle nur noch im Auto aneinander vorbeirasen oder vor dem Fernseher vereinsamen.



MUSEUM

DIE GRÜNEN begrüßen den Ausbau des Museums am Walckenbrückentor und stimmen der bisherigen Handhabung zu, dass dieses Museum vor allem Künstlern der Umgebung zur Verfügung steht. Der Wechsel dieser



Ausstellungen vollzog sich aber bisher in demselben Schnecken-tempo, das allen Dingen, die dem Kulturausschuss unterstehen, eigen ist. Wir sind der Meinung, dass eine Ausstellungsdauer von 2 - 3 Wochen durchaus genügt, um allen Bürgern die Möglichkeit des Ausstellungsbesuchs zu geben. Dafür könnten dann verstärkt Sammelausstellungen der Hobbymaler und Fotografen ins Ausstellungsprogramm genommen werden. Warum nicht auch einmal ein Happening im Städtischen Museum ?



Schulklassen, Gruppen, Initiativen sollten die Möglichkeit bekommen, Projektergebnisse öffentlich auszustellen; denn Kultur beschränkt sich nicht auf Kunst ! Warum nicht einmal eine offene, themengebundene Ausstellung - ein Thema wird vorgegeben und jeder hat die Möglichkeit, sich zu diesem Thema durch Bilder, Texte, Plastiken, musikalische, pantomimische oder sonstige Darstellungen zu äussern. Es gibt viele Möglichkeiten, die aktive Teilnahme am kulturellen Leben zu fördern, wenn der Kulturausschuss erst einmal aus seinem Dornröschenschlaf erwacht ist.



Frieden vor Ort

Für uns Grüne beginnt die Friedenssicherung nicht erst im Bundestag oder bei den Verhandlungen zwischen den Supermächten. Wir sind davon überzeugt, dass jeder Mensch seinen Teil zur Sicherung des Friedens beitragen muss.

Wir Grüne in Coesfeld setzen uns mit aller Macht gegen die Angriffsstrategie des atomaren Rüstungswahnsinns ein. Es gibt inzwischen, auf jeden einzelnen Menschen dieser Erde verteilt, mehr Sprengstoff als Nahrungsmittel. In jeder Sekunde werden 36 000,-- DM für die Rüstung ausgegeben, während alle zwei Sekunden ein Kind verhungert. Der vorhandene atomare Sprengstoff reicht bereits aus, die Erde zig-mal zu vernichten. Im Konfliktfall wäre unser Land das erste, das vernichtet würde, weil es zwischen den Grossmächten liegt. In keinem anderen Land sind Atomwaffen so konzentriert aufgestellt wie in unserem Land. Wie ein Magnet würden unsere atomaren Waffen die gegnerischen anziehen.



Besonders in Coesfelds Umgebung (Ahaus, Schöppingen, Rheine-Elte) sind viele Atomwaffenstandorte. Wenn Coesfeld dann zum zweiten Male völlig zerstört würde, wäre ein Wiederaufbau unmöglich, weil es dann niemanden gäbe, der es aufbauen könnte.

Die atomare Abschreckung ist nicht nur unmenschlich, weil man bereit ist, auf Kommando ganze Völker zu vernichten, sondern sie birgt auch die grosse Gefahr in sich, den Atomkrieg erst auszulösen, weil die Vorwarnzeiten nur wenige Minuten betragen. Die Gefahr, dass Menschen oder Computer fälschlich unter Zeitdruck einen atomaren



Gegenangriff starten und somit den Krieg erst auslösen, wird mit fortschreitender Technik immer grösser. Die Bürger selbst werden dabei in die Rolle ohnmächtiger Beobachter gedrängt. Aber gerade diese Rolle dürfen wir nicht annehmen.

Die Grünen werden alle Aktivitäten, ganz gleich ob parlamentarisch oder ausserparlamentarisch unterstützen und durchführen, die dieser Entwicklung entgegenstreben. Das heisst, dass wir Friedensinitiativen und deren Aktionen unterstützen, wenn sie dem Ziele der Abrüstung dienen.



Allen, die sich entschliessen, den Kriegsdienst zu verweigern, weil sie den Dienst in der Bundeswehr nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren können, werden wir mit Rat und Tat zur Seite stehen. So streben wir für die Stadt Coesfeld eine Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer an. Bislang sieht es so aus, dass Verweigerer oft auf sich allein gestellt sind und bis nach Münster zur Beratung fahren müssen, damit sie eine Chance bei der Wahrnehmung ihrer Grundrechte haben. Es gibt übrigens kaum Kreiswehrrersatzämter in Deutschland, wo die Durchfallquote so erbarmungslos hoch ist wie in Coesfeld. Um schon kurzfristig eine Beratung zu ermöglichen, werden wir jedem, der sich an uns wendet, gerne weiterhelfen.



Wir Grüne werden als Fraktion den Antrag stellen, Coesfeld zur ATOMWAFFENFREIEN ZONE zu erklären. Sicherlich wird diese Aktion in erster Linie einen symbolischen Wert haben, jedoch halten wir es für ganz wichtig, immer wieder solche Zeichen zu setzen, die zeigen, dass eine Vielzahl der Bürger gegen die atomare Rüstung ist. Ferner kann eine solche Aktion auch praktischen Nutzen erzielen. Bei geplanten neuen Stationierungen wird man sich hüten, weil mit erheblichen Widerständen zu rechnen wäre.



Wenn immer mehr Gemeinden sich zu atomwaffenfreien Zonen erklären, wird die Stationierung von Atomwaffen wesentlich heikler und könnte im Endeffekt vielleicht sogar verhindert werden. Die Grünen wehren sich ausserdem gegen die Präsentation militärischer Stärke in der Öffentlichkeit. Hierzu zählen wir z. B. die öffentlichen Vereidigungen.

Die Tiefflieger über Coesfeld sind aus unserer Sicht eine nicht zu akzeptierende Lärmbelästigung.

Ein weiteres wichtiges Argument gegen Tiefflieger ist, dass das Militär durch den Tiefflug über Wohngebiete den Angriff auf Städte trainiert und somit einen Teil der Angriffsstrategie bildet. Für die Verteidigung des eigenen Territoriums braucht keine Stadt angegriffen zu werden. Solche Angriffsübungen können nicht durch Verteidigungsgereide gerechtfertigt werden.

Wir Grüne Coesfelds werden uns für ein Verbot jeglicher Tiefflieger über unserer Stadt einsetzen.



Baumsatzung

Wie wir bereits durch Aufkleber, Plakate und Veranstaltungen deutlich gemacht haben, sind im Kreis Coesfeld 56 % aller Bäume krank. Die Ursachen liegen nicht unbedingt bei der Stadt Coesfeld, sondern sind der Großindustrie, einseitiger Verkehrsplanung und der konzernabhängigen politischen Untätigkeit anzulasten.

Um den Baumbestand in der Stadt trotz dieser Begebenheiten nicht zusätzlich durch (Fehl-) Planungsmaßnahmen zu schädigen, fordern wir Grünen den Rat der Stadt auf, eine Baumsatzung zu beschließen. Da die Bäume zur Belebung und Gliederung des Ortsbildes unserer Stadt entscheidend beitragen und außerdem die stetige Belastung durch die o.a. Luftverschmutzung zumindest lindern können, müssen sie von Seiten der Stadt einem besonderen Schutz unterstellt werden.

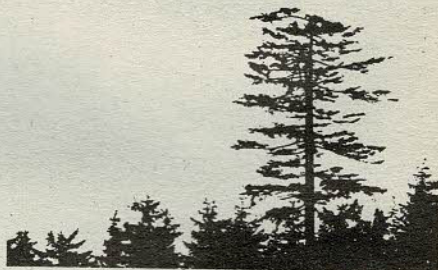
Diese Satzung muß folgende Punkte beinhalten :

Bäume mit einem Brusthöhendurchmesser größer als 20 cm (130 cm über dem Boden gemessen) müssen besonders berücksichtigt werden.

Da diesen Bäumen neben ihren ökologischen Aufgaben noch eine besondere Wertigkeit innerhalb der Stadtgliederung zukommt, dürfen sie nicht abgeholzt werden.

Für Bäume mit einem kleineren Brusthöhendurchmesser als 20 cm muß gelten, daß sie bei der Projektplanung berücksichtigt werden oder sonst verpflanzt werden.

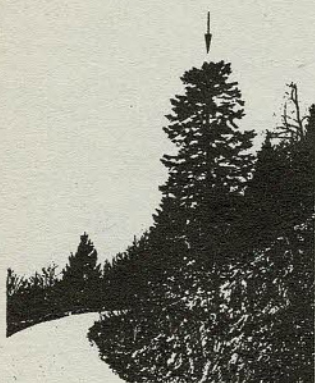
- Planungen und Ausschreibungen haben den Baumbestand auf jeden Fall zu schonen und zu erhalten.
- Bei zukünftigen Baugebieten ist auf den Erhalt des vorhandenen Baumbestandes zu achten.
- Die Erhaltungsfaktoren für die Bäume müssen gesichert werden. Dies sind: Genügende Wasserverfügbarkeit, genügend Licht und ein ausreichend großer Lebensraum.
- Öffentliche Grünanlagen und Parks müssen landschaftstypisch und standortgerecht gestaltet und bepflanzt werden.
- Wege und Straßen sind alleearartig zu bepflanzen.
- Der Gebrauch von Pestiziden ist zu untersagen.



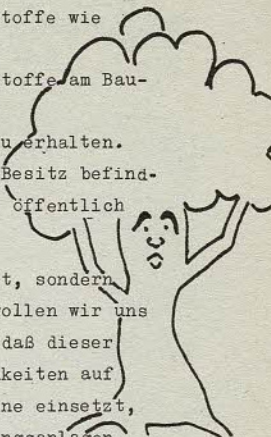
- Auf das Streuen von Salz muß verzichtet werden, Ersatzstoffe wie Sand, Asche etc. sind einzusetzen.
- Privaten Haushalten muß ermöglicht werden diese Ersatzstoffe am Bauhof gegen Salz zu erwerben.
- Kranke Bäume sind durch den Einsatz der Baumchirurgie zu erhalten.
- Von der Stadt muß eine Bestandsaufnahme aller in ihrem Besitz befindlichen Bäume gemacht werden. Diese Bestandsliste sollte öffentlich ausliegen.

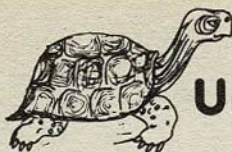
Diese Satzung erhebt nicht den Anspruch der Vollständigkeit, sondern soll vielmehr als Diskussionsgrundlage dienen. Weiterhin wollen wir uns

im Stadtrat dafür einsetzen, daß dieser sich im Rahmen seiner Möglichkeiten auf Kreis-, Landes- und Bundesebene einsetzt, daß schnellstens Entschwefelungsanlagen, bleifreies Benzin und Katalysatoren für Autos, Gesetz werden, denn der größte Teil des Baumbestandes wird durch den sauren Regen vernichtet. Die erschreckenden Zahlen, die Alarmmeldungen mit steigender Schadenstendenz sind bekannt. Der Rat der Stadt muß seine Möglichkeiten voll ausschöpfen, um das vorhandene Grün zu schützen.



Wir werden uns für diese Bestrebungen im Rat voll einsetzen, und hoffen, daß die anderen Parteien vor diesen Lebenswichtigen Argumenten nicht wieder einmal Augen und Ohren verschließen.





Umweltschutz

Niemand hat das Recht die Verantwortung für unsere Umwelt auf andere abzuschieben und zuzusehen wie unsere Wälder, Seen, Flüsse und Böden zerstört werden ! Diese Welt gehört auch unseren Kindern und Kindeskindern, für deren Wohlergehen wir alle die Verantwortung tragen, ob wir nun Kinder haben oder nicht !

Verantwortung fängt auch, oder gerade, im kommunalen Bereich an, also auf der untersten Ebene politischer Entscheidungen.

Wir Grünen Coesfelds haben uns das Ziel gesetzt, zu unseren, und zu Gunsten unserer Kinder, teilzunehmen !



Schwerpunktforderungen für den Bereich Umweltschutz :

WASSER

1 Feuchtlebensräume

Alle Feuchtbiotope (Lebensräume) die im Einzugsgebiet der Stadt Coesfeld noch vorhanden sind, müssen unter Naturschutz gestellt werden. Ferner werden wir dafür eintreten, daß in Coesfeld neue Biotope für bedrohte Tier- und Pflanzenarten angelegt werden. So sollten z.B. die Feuchtwiesen zwischen der Osterwickerstraße und der Billerbeckerstraße weder für die Landwirtschaft, noch für den Gartenbau (Schrebergärten) genutzt werden. Durch die Rückführung dieses Bereiches in ein natürliches Feuchtbiotop, wird allen Coesfeldern ein Stück lebenswerter Natur zurückgebracht. Um diesen Prozeß zu beschleunigen, werden wir uns dafür stark machen, daß die Stadt auch private Initiativen zur Schaffung und erhaltung von Feuchtbiotopen unterstützt.

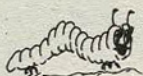
2 Heidesees

Die Stadt Coesfeld muß den gesamten Bereich des Hünsberges unter Naturschutz stellen und dafür Sorge tragen, daß der Heidesees biologisch intakt bleibt und nicht verlandet. Auf lange Sicht würde sich ein Zusammenarbeiten mit dem Naturschutzverband oder anderen Zweckverbänden sicherlich als sinnvoll erweisen um der anhaltenden Zerstörung des Heidesees entgegenzuwirken.



3 Wasserklärung

Wir fordern den Einbau einer dritten (chemischen) Klärstufe für das Coesfelder Klärwerk, durch die das Zusammenbrechen der biologischen Klärstufe durch eine zu hohe Konzentration chemischer Schadstoffe im Abwasser verhindert werden kann. Durch die Vernichtung der Bakterien in den Faultürmen würde es über einen längeren Zeitraum unmöglich eine Klärung des Wassers zu gewährleisten. Letztendlich kann von einer den ökologischen Notwendigkeiten entsprechenden Reinigung des Wassers nur gesprochen werden, wenn alle drei Reinigungsstufen in ausreichender Größe vorhanden sind.



4 Gewässerschutz

Die Grünen werden auf die Reinerhaltung unserer Bäche, Flüsse und Seen drängen. Als erster Schritt sind dauernde Wasserkontrollen notwendig, um entsprechende Schritte einzuleiten. Der Düngemittel- und Pestizidgebrauch in der Landwirtschaft, aber auch in Gärtnereien und Kleingärten, muß drastisch vermindert werden, ja auf lange Sicht hin vollkommen untersagt werden, da diese Mittel zu Gewässer- und Grundwasserverseuchung führen.

5 Flussbegradigungen

Die Grünen fordern den Stopp jeglicher Flußbegradigungen sowie die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes bei bereits begradigten Flußläufen. Diese Maßnahmen sind absolut notwendig, will man nicht an der Ausrottung vieler Tier- und Pflanzenarten, die direkt oder indirekt von der Fließgeschwindigkeit des Wassers abhängig sind noch Vorschub leisten.





Abfallwirtschaft

6 Sondermüll

Es ist alzu bekannt, daß auf der Mülldeponie in Höven über Jahre schon giftige Substanzen, ob durch Unwissenheit, mit dem Hausmüll, oder aber als Gewerbemüll, gelagert werden. Niemand kann wohl mit sicherheit sagen, in wie weit ein Gefährdung direkt durch die Vermischung dieser Substanzen mit dem Grundwasser, oder aber indirekt über das Oberflächenwasser odere andere Modi, ausgeschlossen werden kann. Fest steht sicherlich, daß die bisherige Handhabung der Mülldeponie mehr als nur sträflicher Leichtsinn war, eben eine unverantwortliche Gefährdung unserer Umwelt, und damit auch unserer selbst. Somit fordern wir die konsequente Kontrolle aller auf der Deponie lagernden und noch zu lagernden Stoffe, ferner muß eine praktikabele



?!



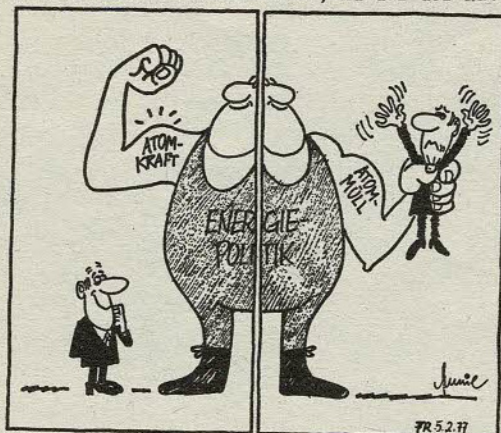
Möglichkeit für die Bürger, in der Stadt selber, wie auch in den Randbezirken, geschaffen werden, um die Entsorgung der giftigen Stoffe, die auch im Hausmüll reichlich zu finden sind, zu sichern. Die Möglichkeit solche Stoffe, wie Farben, Holzschutzmittel, Altöl, etc, direkt an der Deponie abgeben zu können ist zwar löblich, jedoch wohl kaum einen Coesfelder Bürger zuzumuten.

7 Grüne Mülltonne

Um die auf der Deponie zu lagernde Abfallmenge drastisch zu reduzieren, sowie die Wiederverwertung der Abfallstoffe zu ermöglichen, um somit Energie und Rohstoffe zu sparen, ist die Einrichtung grüner Mülltonnen unbedingt erforderlich. In diesen Tonnen werden alle wiederverwertbaren Stoffe, aufgeteilt in organische (Nahrungsmittel, Kaffesatz, etc) und anorganische (Papier, Glas, Kleidung, Metalle, etc) Stoffe, gesammelt, um sie dann entsprechenden Betrieben zuzuteilen. Aus ökologischen wie ökonomischen Gesichtspunkten ist es dabei not wendig, daß jedem Haushalt solche grünen Mülltonnen zur Verfügung gestellt werden.



- 8 Das in Bau befindliche BEZ in Ahaus stellt nicht nur eine direkte Strahlentodgefahr für die Bürger in Ahaus und Umgebung dar, sondern auch, durch den Transport abgebrannter Brennelemente per Bahn oder LKW durch, Coesfeld, für Coesfelds Bürger. Brennelement - Transporte geben in hohem Maße radioaktive Strahlung ab. Ein weiterer gravierender Gefahrenpunkt ist durch einen durchaus möglichen Unfall gegeben. Die Grünen Coesfeld werden darauf hin wirken, daß Transporte radioaktiver Stoffe durch Coesfelder Gebiet verboten werden, und daß der Rat gegen das BEZ aktiv wird.



Verkehr

1. ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR (BAHN)

Die Grünen Coesfelds setzen sich dafür ein, die vorhandenen Schienenwege, die Coesfeld berühren, zu erhalten. Das Verkehrssystem Bahn ist in jeder Beziehung umweltfreundlich. Es verbraucht wenig Verkehrsfläche, verursacht kaum Luftverschmutzung und Lärm und ist außerdem verkehrssicher. Um dieses System attraktiver zu machen, fordern die Grünen eine Vergrößerung der Parkflächen für PKW's in Bahnhofsnähe. Dieses Verfahren, auch Park & Ride genannt, würde eine sinnvolle Nutzung des PKW und der Bahn ermöglichen. Für Fahrradfahrer werden geräumige Abstellflächen gefordert.

Wird der Niedergang der Bahn in unserem Bereich (Westmünsterland) nicht gestoppt, ist die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Situation für Coesfeld noch erheblich schlechter.

1.1. ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR (BUS)

Die Grünen fordern die Busverbindungen mit den Fahrplänen der ÖB zu verzahnen. Die Kreisstadt Coesfeld, die immer " Mittelzentrum " sein will, sollte sich dafür einsetzen, neue Busverbindungen zu umliegenden, zum Kreisgebiet gehörenden, Gemeinden wie Rorup, Darup Nottuln, Ascheberg usw. aufzubauen. Die Stadt Coesfeld ist von Senden, Ascheberg oder Olfen nur über große Umwege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Für die Grünen ist es unerträglich, daß die Bürger in diesen Orten gezwungen sind, einen PKW zu besitzen oder eben riesige Umwege in Kauf zu nehmen, um z.B. Kreisbehörden in Coesfeld zu erreichen.

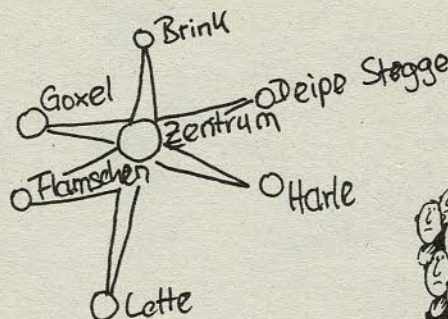


1.2. ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR (KLEINBUS)

Die Grünen fordern ein Kleinbussystem, für das die Verwaltung nach Finanzierungsmöglichkeiten suchen soll. Warum sollen die Zuschüsse des Landes für Pilotprojekte u.ä. immer nur in andere Gemeinden fließen ?



Das Kleinbussystem sollte die Aussenbereiche Goxel, Flamschen, Lette, Brink, Harle usw. mit dem Coesfelder Stadtzentrum verbinden. Es sollte in einem festen Zeittakt verkehren und sehr preiswert gehalten werden. Die Grünen werden die Verwaltung der Stadt Coesfeld auffordern, ein Konzept zur Verwirklichung dieses Projekts zu erarbeiten.



2.

AUSBAU DER RADWEGE

Die Grünen Coesfelds fordern mehr sichere Verkehrswege für Fahrradfahrer in und um Coesfeld. Diese Verkehrswege sollten Rad- und Mofafahrern vorbehalten bleiben. Durch vernünftigen Zubau in diesem Bereich ist es möglich, ein umfangreiches, für den Radfahrer attraktives Radwegenetz zusammenzustellen. Wo Einbahnstrassen in diesem Netz vorkommen, sollte für Radfahrer die Fahrt in beide Richtungen freigegeben werden. Entlang der Radwege sollten in vertretbaren Abständen Abstellflächen für Fahrräder geschaffen werden.

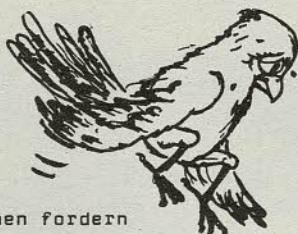
Öffentliche Dienststellen stellen ihren Mitarbeitern für dienstliche Zwecke ein Fahrrad zur Verfügung.

Die Fußgängerzone soll nach Geschäftsschluß für Fahrradfahrer freigegeben werden.

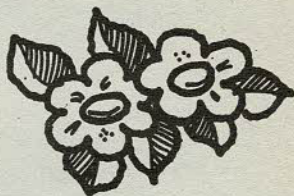


3. STRASSENBAU

Die Grünen Coesfelds wehren sich dagegen, Coesfeld zu einer " autogerechten Stadt " zu machen. Durch den übertriebenen Ausbau der Straßen in Coesfeld hat sich das Stadtbild negativ verändert. Die Grünen halten Ausbaumaßnahmen wie Wahrkamptasse, innerer Ring und dessen Weiterbau für absolut verfehlt. Weitere geplante Maßnahmen wurden in letzter Zeit verhindert. So haben die Grünen Coesfelds die Neutrassierung der Osterwicker Straße und eine neue Verbindung von der Osterwicker zur Billerbecker Straße durch einen Einspruch gestoppt. Nur die Straßenplaner planen immer neue, überflüssige Projekte. So wurde von der Stadt Coesfeld schon ein Bauernhof aufgekauft, um eine Verbindung vom Konrad-Adenauer-Ring zur B 474 (in Höhe Letter Berg) zu ermöglichen. Diese geplante Maßnahme lehnen die Grünen ab. Die Planungen und der Grunderwerb (Vorentscheidung/Sachzwang) sollen von der Stadt sofort eingestellt werden. Die Beteiligung der Bürger an dieser Art der Planung ist aus Informationsmangel unmöglich.



Die Grünen fordern



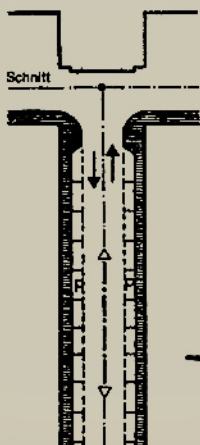
- den Aus- oder Weiterbau des inneren Rings sofort einzustellen. Diese Trasse wurde willkürlich durch ein gewachsenes, intaktes Wohngebiet geplant. Durch einen Weiterbau würden erhebliche Belästigungen der Anwohner eintreten, der Wert der Promenade in diesem Bereich auf Null gedrückt.

Die Grünen erwarten von den Coesfelder Parteien, sich in diesem Punkt vor der Wahl festzulegen. Ein Lavieren wie es die CDU macht, nützt den Anwohnern wenig und schadet der Stadt.



- die Verlängerung des Konrad-Adenauer-Ringes wird auf das Teilstück zwischen Holtwicker und Osterwicker Straße beschränkt. Die Planungen und der Grunderwerb für eine Verlängerung des Konrad-Adenauer-Ringes in Richtung B 474 (Letter Berg) werden eingestellt.
- die Hauptaufgabe der Planer und Straßenbauer wird auf die Instandhaltung von vorhandenen Straßen begrenzt.

Umgestaltung und Einrichtung von Anliegerstraßen zu „Wohnstraßen“



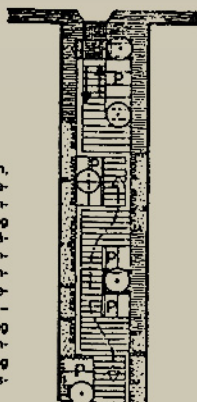
Ist-Zustand

Trennung von Fahr- und Laufbereichen – überbreite Fahrbahn – schmale Gehsteige – kein Raum für nicht-verkehrliche Nutzungen – Verkehrsgefährdung durch hohe Fahrgeschwindigkeit – unbefriedigende Gestaltung des Straßenraums



Umgestaltung

Abwicklung von Fahren, Parken und Laufen auf gemeinsamer Fläche (Mischfläche) – Mehrfachnutzung der gesamten Straßenfläche möglich – Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit auf „Schrittgeschwindigkeit“ (20 km/h) – umfassende Neugestaltung des gesamten Straßenraums unter Beachtung wohnbezogener Bedürfnisse „Wohnstraße“

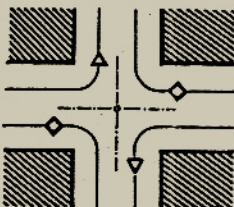


- alle Planungen für eine Veränderung oder Erweiterung des Straßennetzes werden der Bevölkerung und allen politischen Parteien von Anfang an zugänglich gemacht.

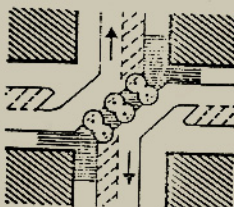
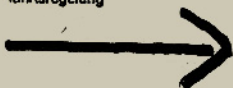
Weitere Forderungen der Grünen Coesfelds sind

- Geschwindigkeitsbegrenzungen sind an allen Gefahrenpunkten wie Schulen, Kindergärten usw. sofort einzuführen.
- Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen s. besonderen Programmpunkt.

Umgestaltung von Kreuzungen bei Anliegerstraßen Beispiel



Ist-Zustand
Kreuzung von Anliegerstraßen mit Vorfahrtregelung

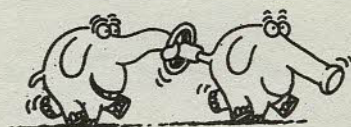


Umgestaltung 4. Beispiel

Aufhebung der Kreuzung, Umbau zu Schleifenstraßen, diagonale Fußwegverbindung

Verkehrsberuhigung

Die momentane Situation in den Wohngebieten stellt sich wie folgt dar : Verkehrsberuhigung wurde bisher nur dort durchgeführt, wo eine wirkliche Beruhigung des fließenden Verkehrs aufgrund der Lage der ausgewählten Straßen zu Durchgangs- bzw. Zubringerstraßen nicht notwendig war. Durch eine aufwendige Pflasterung und eine fragwürdige Begrünung wurde einzig und allein eine im Prinzip zwar zu bejahende Wohnwertsteigerung erreicht (siehe Maria Frieden, Hengte); außer acht gelassen wurden jedoch andere Wohngebiete, die aufgrund eklatanter Verkehrssicherheitsbedürfnisse vorrangig hätten behandelt werden müssen. Um diesem Mißstand Einhalt zu gebieten und darüber hinaus eine den Notwendigkeiten entsprechende Planung und Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen zu ermöglichen, ist es notwendig, eine für das gesamte Stadtgebiet gültige Klassifizierung der Straßen bezüglich ihrer Funktion zu erstellen. Wir schlagen hierfür die Unterteilung in vier Kategorien wie folgt vor :



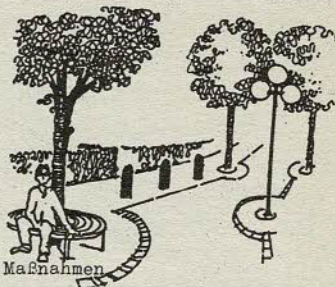
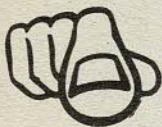
- 1** : Hauptdurchgangs- bzw. Zubringerstraßen (Dülmenerstraße, Borkenerstraße, etc.)
- 2** : Zubringer- bzw. Verbindungsstraßen innerhalb von Wohngebieten (Druffels Weg, Hengtestraße, etc.)
- 3** : Straßen der Kat. 2, die an Schulen oder Kindergärten vorbeiführen.
- 4** : Sonstige Straßen innerhalb von Wohngebieten.

Die Straßen der Kat. 1 und 2 sind aufgrund ihrer hohen Frequentierung nicht verkehrszuberuhigen. Für die Straßen der Kat. 3 sollte aufgrund der latenten Gefährdung der Schul- bzw. Kindergartenkinder eine absolute Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h eingeführt werden. Über eine zusätzliche Verkehrsberuhigung im Nahbereich der Schulen bzw. Kindergärten sollte von Fall zu Fall entschieden werden. Die Straßen der Kat. 4 sind auf lange Sicht hin sämtlich verkehrsmäßig zu beruhigen.



Diese Unterteilung sollte maßgebende Orientierungshilfe sein für eine langfristige Planung. Für die Dringlichkeit mit der die verkehrsberuhigenden Maßnahmen in den einzelnen Straßen durchgeführt werden sollen, sind allein verkehrssicherheitsspezifische Aspekte relevant. Somit sind vorrangig Straßen zu behandeln, auf die folgende Kriterien zutreffen:

Relativ hohe Verkehrsdichte, bei gleichzeitig hoher Frequentierung durch Bürger, die im Verkehr besondersgefährdet sind.; Straßen, die im direkten Spielbereich von Kindern liegen.



Zur Realisierung der verkehrsberuhigenden Maßnahmen
Die Gestaltung der Straßen sollte unter Berücksichtigung der für Straßenreinigung, Rettungswesen usw. bindenden Erfordernisse ausschliesslich in direkter Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Betroffenen erarbeitet werden. Hierbei sollte den Anliegern größtmögliche Freiheit, vor allem auch in Bezug auf Eigenarbeit, gewährt werden. Bestehende Nachbarschaften sollten für die Stadt vorrangige Ansprechpartner sein.



Um die Entstehung von Wohn- und Spielstraßen zu beschleunigen, können nebenstehende Hinweis-schilder über die Grunden bezogen werden und sollten von den Anliegern an ihren Straßen angebracht werden.

Das Ziel aller Verkehrsberuhigungsmaßnahmen soll sein, den Wohnraum lebenswert zu gestalten, in Einklang mit den Bedürfnissen der Anlieger, auf eine Art und Weise, die ihren Ansprüchen, finanziellen Möglichkeiten und Eigenleistungen gerecht wird. Dabei darf die Stadt selbstverständlich nicht aus ihrer Verantwortung genommen werden, diese Bestrebungen von sich aus zu fördern und bei der Planung und Gestaltung von Neubaugebieten den Bürgerwillen zu suchen und ihm Vorrang zu geben.

Vorsicht



wir

spielen hier

Bauen und Wohnen



Im Bereich öffentlichen Bauens ist im Kreis Coesfeld immer auf grosse und teure Prestigeobjekte gesetzt worden. Verwaltungsgebäude und Vorhaben wie Schulen, öffentliche Banken usw. wurden gross und teuer durchgepaukt. So wurden für den Schulneubau in Lüdinghausen ca. 20 Millionen DM eingeplant. Die Endabrechnung nach Fertigstellung wird aller Voraussicht nach um einiges höher ausfallen. Um diese Mittel aufzutreiben, wurde die Kreisumlage (Zahlungen der Städte und Gemeinden an den Kreis) deutlich erhöht. Alle Gebührenordnungen wurden nach oben geliftet. Das erschreckende Ergebnis sieht man z. B. im Verwaltungsviertel von Coesfeld. Da steht ein Millionending neben dem anderen. Die Grünen und mit ihnen viele Bürger fragen sich nur, ob nicht auch kleinere Lösungen möglich gewesen wären. Für den Bürger macht diese Bauwut nach Meinung der Grünen wenig Sinn. Den Nutzen haben auch nicht die kleinen und mittleren Handwerksbetriebe am Ort, sondern in erster Linie konzernähnliche Grossbetriebe von ausserhalb. Zum anderen profitiert aus diesen Baumassnahmen ein aufgeblähter Beamtenapparat. Öffentliche Investitionen müssen nach Meinung der Grünen in erster Linie dem Bürger nutzbar sein. Wieso finanzieren der Kreis / die Stadt keine sozialen und kulturellen Einrichtungen, die den Bürger ansprechen und ihm neue attraktive Freizeitmöglichkeiten eröffnen ?

» DIE GRÜNEN GEGEN GROSSE TEURE PRESTIGEOBJEKTE «

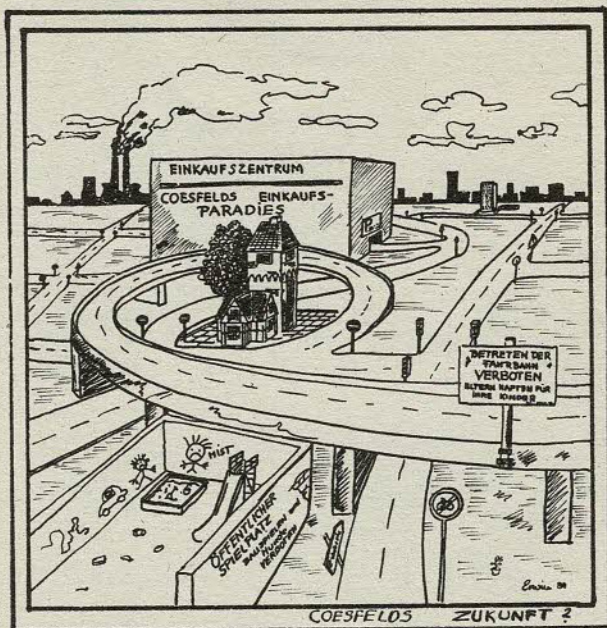


Abgelehnt werden von den Grünen Baumassnahmen wie

- 1- die Marktgarage in Coesfeld, ca. 6. Mill. DM teuer, kaum genutzt, Folgekosten für die Stadt zirka 400.000 DM jährlich.
- 2- das Einkaufszentrum Coesfeld
Hier wird ein Bau durchgepaukt, der mindestens drei Nummern für Coesfeld zu gros ist. Folge werden Pleiten von kleinen, (noch) selbständigen Einzelhändlern sein. Auf längere Sicht werden weniger Arbeits- und Ausbildungsplätze in diesem Bereich zur Verfügung stehen. Die Qualität der verbleibenden Arbeitsplätze



wird abnehmen. Das Lohnniveau wird sinken. Eine andere Folge wird eine jetzt schon absehbare komplette Neuregelung des Verkehrs sein. Eine mickrige Fussgängerzone bringt da mehr Belastung als Entlastung für den Bürger.



- 3-** ein neues Polizeigebäude für Coesfeld. An diesem geplanten Gebäude sieht man exemplarisch, die CDU/SPD/FDP-Mehrheit hat aus der Vergangenheit nichts gelernt. Wieder wird im grossen Stil geplant, 10 Mill. DM werden veranschlagt. Bis es aber soweit ist, wird erst einmal ein intaktes Haus (Fernuniversität Ecke Daruper/Friedrich-Ebert-Strasse) abgerissen. Ein grosser Teil der auf diesem Gelände stehenden Bäume wird abgeräumt. Alles wie beim Nepomuc !! Das ist Bau- und Umweltpolitik à la CDU/SPD/FDP.

Das sind einige Beispiele, wie in Coesfeld geplant und gebaut wird. Für den Bürger klein oder gar nicht, für die Konzerne und die Verwaltungsbükratie grosszügig und umfangreich.

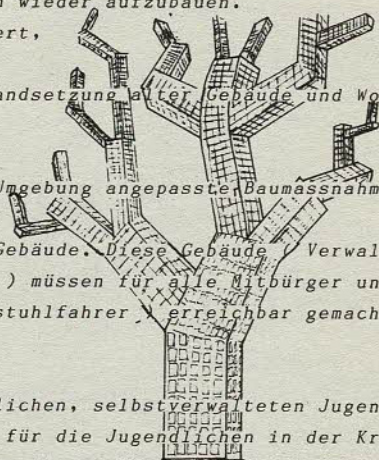


» DIE GRÜNEN HABEN BEIM PLANEN UND BAUEN ANDERE VORSTELLUNGEN.
SIE WOLLEN EINE GEWACHSENE WOHNUMWELT ERHALTEN UND ERGÄNZEN !! «

Im Gegensatz zu den etablierten Parteien wollen die Grünen Coesfeld nicht erst abbrechen, um es dann wieder aufzubauen.

Die Baupolitik der Grünen fordert,

- die Erhaltung und Wiederinstandsetzung alter Gebäude und Wohnungen
- kleine, architektonisch der Umgebung angepasste Baumaßnahmen.
- Modernisierung öffentlicher Gebäude. Diese Gebäude (Verwaltung, Post, Schulen und Sparkassen) müssen für alle Mitbürger und Behinderte (insbesondere Rollstuhlfahrer) erreichbar gemacht werden.
- die Einrichtung eines öffentlichen, selbstverwalteten Jugendzentrums. Die Grünen fordern für die Jugendlichen in der Kreisstadt Coesfeld eine sofortige Lösung dieses Problems. Dabei denken die Grünen an den Umbau vorhandener Gebäude (z. B. Fa. Raab Karcher) .
- die Erhaltung und Instandsetzung kultureller, baulicher Besonderheiten in Coesfeld.



Warum wurde der Wasserturm ohne öffentliche Diskussion einfach weggesprengt ?

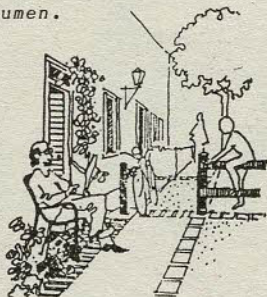


Privater Wohnungsbau ist unter folgenden Gesichtspunkten zu fördern:

- 1- Grundsätzlich hat die Erhaltung und Wiederinstandsetzung aller Gebäude Vorrang vor " reinen " Neubaugebieten. Renovierungsmaßnahmen hätten sich und bieten sich immer noch im Mühlviertel an. Hier könnte sich Coesfeld ein Stück seiner Vergangenheit bewahren.



- 2- für neue Wohngebiete fordern die Grünen eine Lockerung der vorhandenen formalistischen Bauordnung. Überflüssige Vorgaben der Bauordnung stehen vielfach der Realisierung von privaten Bauvorhaben entgegen. Eine Vereinfachung würde das Bauen billiger und vielleicht auch ansehnlicher machen. Nach Meinung der Grünen sind nicht unbedingt eine einheitliche Baufront, eine einheitliche Verklammerung und vorgeschriebene Dachneigungen notwendig. Die Stadt sollte ihren Bürgern mehr Raum für phantasievolle Detaillösungen einräumen.



- 3- alter Gebäude- oder auch Baumbestand muss nach Meinung der Grünen auch in Neubaugebieten erhalten bleiben.
- 4- Massnahmen für eine wohnliche Umwelt sind in Neubaugebieten sofort einzuplanen. Unter Beteiligung der betroffenen Bürger sind Spiel- und Sportstätten in den Wohngebieten einzurichten.
- 5- verkehrsberuhigte Zonen sind nach der Konzeption der Grünen sofort mitzuplanen. Die Strassen in den Wohngebieten müssen für die Anwohner als Entfaltungsmöglichkeit zurückgewonnen werden. Durch verkehrsberuhigte Strassen wird das Unfallrisiko für spielende Kinder drastisch gesenkt (s. auch Programmpunkt Verkehr)

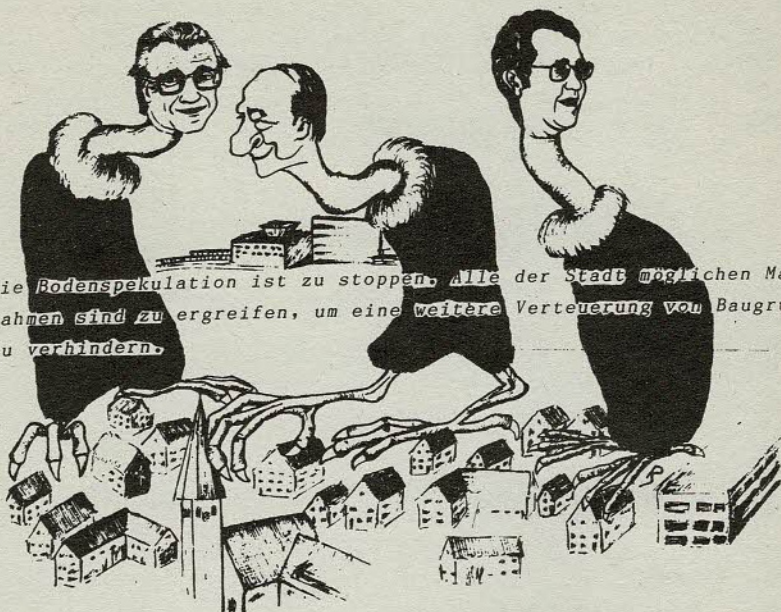


- 6- durch Dezentralisierung sollte die Monopolstellung von Energieversorgungskonzernen geschwächt werden. Die Grünen sind gegen grosse Kraftwerke ohne Entschwefelung und für kleine, entschwefelte Anlagen.



- 7- der Bau von alternativen Energiegewinnungsanlagen wie Windräder, Solaranlagen usw. ist zu genehmigen.

- 8- die Bodenspekulation ist zu stoppen. Alle der Stadt möglichen Massnahmen sind zu ergreifen, um eine weitere Verteuerung von Baugrund zu verhindern.



Wirtschaft

1. Die CDU-Ratsmehrheit hat Coesfeld, in nunmehr fast 30-jähriger Alleinherrschaft, zu einer hochverschuldeten Stadt gemacht. Durch verfehlte Kommunalpolitik ist Coesfeld eine der ärmsten Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen geworden. Jeder Bürger ist mit über 2000 DM durch diese CDU-Politik verschuldet. Im Landesdurchschnitt liegt, bei vergleichbaren Gemeinden, die Verschuldung Coesfelds im oberen Teil der Skala. Was in diesem Zusammenhang wichtig erscheint, die CDU hält ihre Politik weiterhin für richtig. Dadurch ergibt sich für die Stadt Coesfeld in der Zukunft eine weitere Erhöhung ihrer Verschuldung. Hier einige



Aussagen und Statistiken aus dem Haushaltsplan Coesfeld 1983:

Der Landesdurchschnitt betrug am:

	31.12.76 DM/E	31.12.77 DM/E	31.12.78 DM/E	31.12.79 DM/E	31.12.80 DM/E	31.12.81 DM/E
a) Gemeinden und Gemeindever- bände in NW	1.474,66	1.675,81	1.632,16	1.750,53	1.896,32	2.016,02
b) Gemeinden in NW zwischen 20.000 u. 50.000 Einw.	1.013,83	1.090,44	1.151,51	1.258,98	1.367,34	1.465,57

Die Verschuldung der Stadt Coesfeld liegt daher erheblich über dem Durchschnitt der Gemeinden gleicher Größenklasse in Nordrhein-Westfalen.

Entwicklung der Schulden und des Schuldendienstes

Der Schuldenstand (ohne Stadtwerke) betrug bzw. wird voraussichtlich betragen (Einw. 31.12.1981 = 31.025):

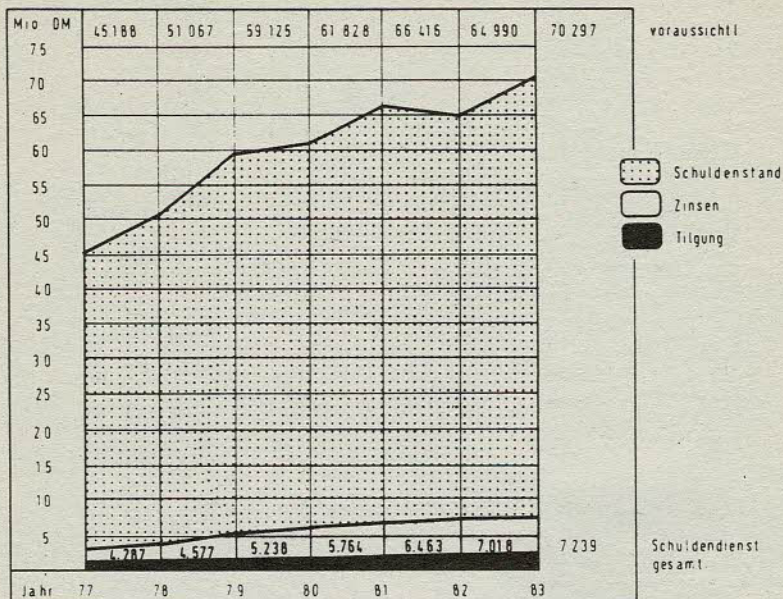
am 31.12.1976	=	40.204.090 DM	=	rd. 1.310,43 DM/E
am 31.12.1977	=	45.188.000 DM	=	rd. 1.468,10 DM/E
am 31.12.1978	=	51.067.000 DM	=	rd. 1.658,02 DM/E
am 31.12.1979	=	59.125.862 DM	=	rd. 1.897,13 DM/E
am 31.12.1980	=	61.828.723 DM	=	rd. 1.987,67 DM/E
am 31.12.1981	=	66.416.813 DM	=	rd. 2.138,13 DM/E
am 31.12.1982	=	64.990.929 DM	=	rd. 2.094,79 DM/E

- 1.1. Woher rührt diese immense Verschuldung der Stadt? Die Mehrheit im Rathaus hat bei den Aufgaben; Strassenbau, Stadtsanierung und z. B. Maßnahmen wie der Berkelbegradigung, auf der ganzen Linie versagt.



Verschuldung der Stadt Coesfeld

- in 1000 DM -



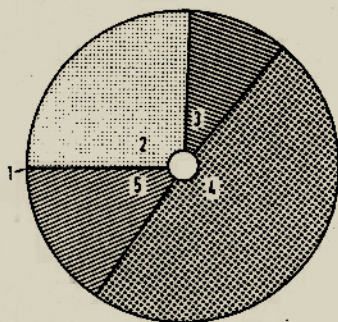
1.2. Straßenbau

- Die Stadt Coesfeld hat in den letzten Jahren Unsummen von Steuergeldern in den Straßenbau gesteckt. Es wurden Straßen gebaut die zu groß, zu teuer und vielfach unnötig waren. Von den Grünen Coesfeld wurde z.B. eine Neutrassierung der Billerbecker Straße verhindert. Dieser Ausbau hätte einige Mill. DM verschlungen um täglich 450 Kfz anders zu leiten. Die Plaungen der Stadt gehen dabei in aller Regel von völlig überholten Vorgaben und Prognosen aus.
- Die Plaungen und der Bau des Inneren Rings sind ähnlich konfus, da wird mit Prognosen aus den 70 iger Jahren hantiert und eine totale Verschandelung Coesfelds in diesem Bereich in Kauf genommen. Auf die Interessen der Anwohner, auf das Coesfelder Stadtbild und auf weitere Verschuldung wird keine Rücksicht genommen. Die Grünen Coesfelds lehnen eine derartige Politik grundsätzlich ab. Wir erwarten von den etablierten Parteien bindende Aussagen zum Inneren Ring und zwar vor der Wahl. Die Grünen fordern einen sofortigen Baustopp. →

- Die Planungen der CDU-Mehrheit auf dem Gebiet des Straßenbaus gehen auf falschen Wegen weiter. So ist z.B. geplant, den Konrad-Adenauer-Ring in Richtung B474 (Letter Berg) zu verlängern. Diese Maßnahme ist verkehrspolitischer Unsinn, finanziell, nach Marktgarage und Innerem Ring, geradezu abenteuerlich. Die Grünen fordern den Stadtdirektor, die Verwaltung und insbesondere die CDU auf, die Planungen und den Ankauf von Ausgleichsflächen in diesem Bereich zu beenden.

Die geschilderten und ähnliche Beispiele haben dazu geführt, den Stadthaushalt auf dem Gebiet Bauen (Straßenbau, Stadtanierung und Berkelbegrädigung) total auszusaugen. Für andere Maßnahmen fehlt das Geld. Hierzu eine Grafik aus dem Coesfelder Haushaltsplan 83:

Ausgaben	DM	%
1 Zuführungen an Rücklagen	56	0 35
2 Zuweisungen u Zuschüsse für Investitionen	4 283	26 50
3 Vermögenserwerb	1 739	10 76
4 Baumaßnahmen	7 304	48 90
5 Tilgung von Krediten	2 180	13 49
	<u>16 562</u>	<u>100 00</u>



2. Stadtanierung

Die Stadtanierung in Coesfeld (kann man das so nennen??) ist von der Mehrheit der CDU im Coesfelder Rathaus völlig verfehlt angegangen worden. Da wurde und wird immer noch auf große, teure Prestigeobjekte gesetzt. Das Stadtbild Coesfelds, in vielen Jahren gewachsen, wird rücksichtslos zerstört. Wenn in Coesfeld in den letzten Jahren eine öffentliche Baumaßnahme anstand, wurde erst einmal ein gewachsener Teil Coesfelds abgerissen. So war es mit dem alten (intakten) Nepomuc-Gymnasium, dem Mühlenviertel und so wird es mit dem neuen Polizeigebäude an der Ecke Daruper Str./Friedrich-Ebert-Straße sein. Die Grünen Coesfeld halten derartige "Stadtanierung" schon eher für einen radikalen Kahlschlag.



Die Grünen Coesfelds fordern im Bereich Stadtsanierung eine Politik der kleinen, dem Erhalt dienenden Bau- und Renovierungsmaßnahmen. Diese Politik würde mit dem Stadtbild Coesfeld sorgsam umgehen und Arbeitsplätze im Bereich des kleinen und mittleren Handwerks sichern. Im Bereich Mühlenviertel gibt es nach Ansicht der Grünen alte, für Coesfeld erhaltenswerte Häuser. Investitionen sollten in diesem Bereich ein Stück typisches Coesfeld erhalten.



3. Berkelbegradigung

Am Beispiel der Berkelbegradigung läßt sich die verfehlte Investitionspolitik der CDU-Mehrheit im Rat der Stadt besonders augenfällig deutlich machen. Wo andernorts der Umweltschutz in aller Munde ist, wird in Coesfeld ein Stück dieser Umwelt mit öffentlichen Mitteln weiter ruiniert. Die geplante (teilweise erfolgte) Berkelbegradigung führt zu einer Umweltbelastung durch;

- Ufer und Uferpflanzenzerstörung
Die Uferpflanzen haben eine enorme Bedeutung zur Sauberhaltung von Gewässern. Sie ermöglichen vielfältigen Tierarten eine ausreichende Lebensgrundlage.
- die Heraufsetzung der Fließgeschwindigkeit des Flusses.
- die Herabsetzung der Lebensräume für Tiere und Pflanzen durch Trockenlegung von natürlichen Überschwemmungsgebieten. (Feuchtwiesen)

Die Grünen Coesfelds fordern den sofortigen Stopp dieser umweltpolitisch falschen Investition. Die Berkel muß durch geeignete Maßnahmen, wie den Bau einer chemischen Reinigungsstufe des Klärwerks, davor bewahrt werden zum Abwasserkanal degradiert zu werden.

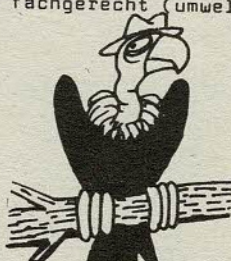
Beispiele von Fehlinvestitionen ließen sich noch viele anführen, die Grünen Coesfeld wollen jedoch nicht nur kritisieren, sondern neue Ansätze in den Rat der Stadt Coesfeld einbringen. Für besonders wichtig halten die Grünen eine Umverteilung des Investitionshaushaltes, es müssen für ökologische, soziale, kulturelle und städtebauliche Maßnahmen, die für den Bürger auch auf lange Sicht wichtig sind, Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.



4. Umverteilen von Haushaltsmitteln

4.1. Begünstigung des ökologischen Bereiches

- auf ökologisch verträgliche Maßnahmen. Die Grünen Coesfelds setzen sich für eine chemische Reinigungsstufe im Coesfelder Klärwerk ein.
- anstatt weitere Straßenneubauten zu planen und zu bauen, fordern die Grünen den verstärkten Ausbau des Radwegenetzes.
- die Umstellung des öffentlichen Fuhrparks auf bleifreies Benzin. Zu diesem Zweck muß eine entsprechende Tankstelle eingerichtet werden, sie sollte auch allen Bürgern zur Verfügung stehen.
- alle öffentlichen Gebäude sind mit Isolierverglasung zu versehen um die Energiekosten zu senken und den Energieverbrauch einzuschränken. Öffentliche Gebäude müssen mittelfristig auf alternative Energieformen umgestellt werden. Die Grünen fordern die Erarbeitung eines entsprechenden Konzepts von der Verwaltung.
- die Stadt Coesfeld hat geeignete Maßnahmen zur Erhaltung der Coesfelder Heide insbesondere des Heidesees zu ergreifen. In Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden ist dieses Gebiet in seiner natürlichen Form zu erhalten.
- die Stadt Coesfeld hat durch eine Umstellung auf die " Grüne Mülltonne " dafür zu sorgen, daß der "Rohstoff" Müll schon im einzelnen Haushalt vorsortiert wird. Es ist nicht sinnvoll wiederverwertbaren Müll (Papier, Bleche, Kunststoffe) einfach auf die Kippe zu bringen. Diese Abfallstoffe sind in Zukunft wichtige Rohstofflieferanten. Gefährliche Abfälle sind gesondert zu sammeln und fachgerecht (umweltneutral) zu deponieren.



- die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, daß die Coesfelder Feuerwehr mit einer der tatsächlichen Unfallgefahr angepaßten Chemie- und Strahlenschutzrüstung ausgestattet wird! Coesfeld ist als Verkehrsknotenpunkt, durch die Atomülltransporte zum BEZ - Ahaus , besonders gefährdet. (s.a. Umwelt)



4.2. Förderung des sozialen und kulturellen Bereichs

Es müssen verstärkt Finanzmittel in den sozialen Bereich fließen. Die Grünen Coesfeld fordern;

- die Einrichtung eines selbstverwalteten Jugendzentrums. Hierbei denken die Grünen an die Übernahme oder Anmietung eines geeigneten Gebäudes. Die Stadt Coesfeld hat ein derartiges Vorhaben mit ausreichenden Finanzmitteln und entsprechenden Fachkräften auszustatten.
- die Einrichtung einer Frauenberatungsstelle (s.a. Frauen)
- die Arbeitszeit in den öffentlichen Verwaltungen auf 35 Std. in der Woche zu beschränken. Der Besitzstand für untere und mittlere Einkommen ist aufrechtzuerhalten. Von dieser Maßnahme erwarten die Grünen keine neuen Arbeitsplätze, jedoch das Auffangen von weiteren Rationalisierungsmaßnahmen.
- die vorhandenen neu zu vergebenen Stellen in den öffentlichen Verwaltungen sind paritätisch von Frauen und Männern zu besetzen.

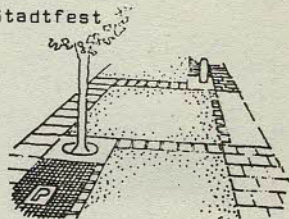
Im kulturellen Bereich erheben die Grünen Coesfeld folgende Forderungen;

- die Aktivierung von Jugend-, Sport- und Kulturausschuss, zur Erstellung eines umfassenden Konzeptes zur kulturellen Belebung der Stadt.
- die Erweiterung der Fußgängerzone zu einem kulturellem Treffpunkt, an dem regelmäßig Veranstaltungen jeglicher Art stattfinden
- Einrichtung eines Zimmertheaters
- die Vergrößerung des Angebotes im Museum im Walckenbrückentor
- die Umwandlung der Pfingstwoche in ein Stadtfest

5. Städtebauliche Maßnahmen

Die Grünen Coesfelds fordern in diesem Bereich ;

- die Erhaltung und die Renovierung von alten Gebäuden. Das Stadtbild Coesfeld muß seinen eigenen Charakter behalten.
- die Schaffung von neuen und die Erhaltung der vorhandenen Grün - und Erholungsflächen.



- die Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen in allen Wohngebieten. Neue geplante Wohngebiete erhalten sofort eine Verkehrsberuhigung. Dadurch wird den Bürgern die Straße als Entfaltungsmöglichkeit zurückgewonnen. Ungefährdetes Spielen der Kinder ist wieder möglich.

Um diese Maßnahmen durchführen zu können, wird der Haushalt der Stadt Coesfeld in allen Bereichen durchforstet. Finanzielle Mittel sind generell umweltfreundlich einzusetzen. Millionenbeträge für Straßenbau und ähnliche Maßnahmen werden rigoros gestrichen. Prestigeobjekte und Gigantomie dürfen nicht mit öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Langfristig setzen sich die Grünen auf allen Ebenen dafür ein, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Zuweisungen von Bund und Land sollen als Pauschalbeträge und nicht als zweckgebundene Zuweisungen an die Kommunen gezahlt werden. Nur so können die Gemeinden in Zukunft ihre umfangreichen Aufgaben erfüllen.



6. Arbeitslosigkeit in Coesfeld

Die Arbeitslosigkeit liegt in Coesfeld zur Zeit bei ca. 12 %. Unverständlicherweise wird jedoch für diese Mitbürger von Seiten der Stadt kaum etwas getan. Wir fordern daher :

- die Verbesserung der Lebenssituation der Arbeitslosen durch Maßnahmen wie : kostenfreie Nutzung öffentlicher Einrichtungen, Verbesserung sinnvoller Freizeitmöglichkeiten
- Schaffung eines Kontakt und Beratungszentrums für Arbeitslose mit Selbsthilfe - Werkstätten, wie z.B. von der Stadt Dülmen zum 1.10. eingerichtet wird.
- Die Stadt Coesfeld muß maßgebliche Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, speziell der Jugendarbeitslosigkeit, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt einleiten und im Besonderen Arbeitsplätze im Umweltschutz schaffen.
- die bevorzugte Ansiedlung umweltfreundlicher Betriebe
- die Schaffung eines Verbundsystems aller an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beteiligten Stellen, um eine bessere Koordination der Maßnahmen zu gewährleisten.

**WEN LIEBEN WIR
EIGENTLICH
MEHR?**



**KINDERLOBBY IN DEN
COESFELDER STADTRAT**